

WerteUnion legt Fünf-Punkte-Plan für effektive Abschiebungen vor



Pressemitteilung

Der konservative Flügel der Union fordert unter anderem eine Bündelung der Kompetenzen bei der Bundespolizei zur Bewältigung des gegenwärtigen Abschiebestaus

Dienstag, 6. August 2019 – Um Abschiebungen im rechtsstaatlichen Rahmen effektiver zu gestalten, hat die WerteUnion, der konservative Flügel der Unionsparteien, einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Die Ziele des Konzepts bestehen darin, der Vereitelung von polizeilichen Maßnahmen durch abgelehnte Asylbewerber sowie Abschiebungsgegner zuvor zu kommen, Rückführungen effektiver zu organisieren sowie den derzeit herrschenden Abschiebestau zu bewältigen. Die WerteUnion wird das Konzept der Fraktionsführung sowie dem Innenministerium zur Verfügung stellen und fordert von der Bundestagsfraktion von CDU und CSU sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer, die Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen.

Hintergrund der Forderungen ist die erschreckende Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte im Zuge von Abschiebungen. Laut Angaben der Bundespolizei wurden Beamte im vergangenen Jahr in 284 Fällen angegriffen und 71 Beamte dabei verletzt. Beispielsweise trat ein Ausreisepflichtiger in München auf dem Weg zum Flugzeug wild um sich, brach einem Beamten dabei die Kniescheibe und verhinderte so somit seine Abschiebung. Laut Presseberichten befinden sich derzeit etwa 230.000 Ausreisepflichtige in Deutschland, davon rund 58.000 ohne Duldung.

Maßnahmen für eine effektive Organisation von Abschiebungen

Das Konzept der WerteUnion sieht die folgenden fünf Punkte vor:

1. Für die Durchführung von Abschiebemaßnahmen müssen die Kompetenzen zukünftig bei der Bundespolizei gebündelt werden, d.h. bisher bei den Bundesländern liegende Kompetenzen an die Bundespolizei übertragen werden. Die Bundespolizei muss dazu mit zusätzlichen Mitteln sowie politischer Rückendeckung ausgestattet werden.
2. Bereits bei der Einreise müssen die Dublin-Regeln konsequent Anwendung finden und Asylbewerber, die bereits einen anderen EU-Staat betreten haben, dorthin zurückgewiesen werden. Bei vorsätzlicher Identitätsverschleierung müssen Asylbewerber ihre Duldung verlieren.
3. Der Gesetzgeber muss auf Bundesebene ein Betretungsrecht für Asylunterkünfte beschließen, damit Polizeibeamte gültige Abschiebungsbescheide auch ohne zusätzlichen richterlichen Beschluss, die Unterkunft betreten zu dürfen, durchführen können.
4. Der Abbruch von Abschiebeflügen durch Piloten muss gesetzlich klar geregelt werden. Wenn der Flug durch Piloten abgebrochen wird, muss die Fluggesellschaft den Staat für nicht genutzte Tickets entschädigen.

5. Um ein Untertauchen zu verhindern, muss die Bundespolizei vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber bis zu 30 Tage vor der geplanten Maßnahme in Abschiebehafte nehmen können.

Alexander Mitsch, Bundesvorsitzender der WerteUnion:

„Wenn schon als Folge der verkorksten Einwanderungspolitik der Kanzlerin weiterhin eine unkontrollierte Masseneinwanderung unter dem Vorwand des Asylrechts stattfindet, muss der Bund auch stärker für die dadurch notwendigen Abschiebungen in die Pflicht genommen werden. Wer unser Grundgesetz und den darin enthaltenen Artikel 16a ernst nimmt, muss eben auch anerkennen, dass Ausländer mit abgelehntem Asylbescheid unser Land zu verlassen haben. Tun sie dies nicht aus freien Stücken, ist die Abschiebung alternativlos. Derzeit erleben wir einen nie da gewesenen Abschiebestau. Schon bei geringster Gegenwehr können sich Ausländer mit krimineller Energie der Abschiebung entziehen. Sie erschleichen sich damit völlig ungerechtfertigt weitere Aufenthaltszeit in Deutschland und Zugang zu Sozialleistungen. Dies können wir nicht länger hinnehmen. Deshalb fordern wir als WerteUnion die Umsetzung unseres Konzepts für effektive rechtstaatliche Abschiebungen durch die Bundesregierung.“

Simone Baum, stellvertretende Bundesvorsitzende der WerteUnion:

„Der Verwaltungswahnsinn bei den Abschiebungen muss endlich ein Ende finden. Nach wie vor werden sehr aufwändige und teure Maßnahmen zur Abschiebung abgebrochen, weil die organisatorischen Zuständigkeiten nicht klar gebündelt sind oder die Ausreisepflichtigen sich beispielsweise durch Gewalt gegen Beamte oder Flugpersonal ihrer Abschiebung entziehen. Für uns ist klar, dass wer sich durch Gewalt oder Untertauchen einer Abschiebung entzieht, sein Bleiberecht auf Dauer verwirkt hat. Wir müssen mit strikten Maßnahmen das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Beamten schützen.“

Quellen:

Derzeit 230.000 Ausreisepflichtige in Deutschland:

https://www.focus.de/politik/deutschland/referentenentwurf-des-bundesinnenministeriums-bei-identitaetsverschleierung-horst-seehofer-csu-will-fluechtlingen-duldung-aberkennen_id_10264128.html

Abschiebungen scheitern an schlechter Organisation:

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/cdu-fluechtlingsgipfel-polizist-packt-ueber-abschiebe-irrsinn-aus-60072736.bild.html>

Angriffe gegen Bundespolizisten:

<https://www.n-tv.de/politik/Polizei-beklagt-Angriffe-bei-Abschiebungen-article21186288.html>

Pressekontakt:

Ralf Höcker Pressesprecher WerteUnion e.V. – Bundesverband

presse@werteunion.info +49 221 933 191 0

Die WerteUnion ist der am 25.03.2017 gegründete bundesweite Zusammenschluss der konservativen Initiativen innerhalb der Union mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten.

Wir wollen konservative und wirtschaftsliberale Kräfte stärker vernetzen und so erreichen, dass die Union wieder verstärkt konservative Positionen vertritt.

Kontakt:

Email: Info@WerteUnion.info

Homepage: www.werteunion.info

Verantwortlich:

Alexander Mitsch Vorsitzender

Mail: [alexander.mitsch\(at\)werteunion.info](mailto:alexander.mitsch(at)werteunion.info)

Rößler und Maaßen: „Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit“



Pressemitteilung

Landesverband Sachsen der WerteUnion, 2.08.2019

Auf Einladung von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler (CDU) und der WerteUnion Sachsen referierte Dr. Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a. D., am 01. August im überfüllten Saal des Hotels ‚Goldener Anker‘ in Radebeul vor über 300 Besuchern zu „Sicherheit und Freiheit in Deutschland“.

Nachdem Rößler in seiner Einführung bereits den Zusammenhang zwischen innerer Sicherheit und der Handlungsfähigkeit des Staates aufgezeigt hatte, wies Maaßen auf die wesentlichen Gefahren für die innere Sicherheit hin. Nicht nur Terrorismus von islamistischer, rechter und linker Seite sowie ‚gewöhnliche‘ Kriminalität gefährdeten die Sicherheit, auch die abnehmende Stabilität der Gesellschaft stelle ein großes Risiko dar. So seien in den vergangenen Jahren zunächst zwischen Linksextremen und linksliberaler Mitte, inzwischen aber auch zwischen Rechtsextremen und rechter Mitte Brücken geschlagen worden.

Unabdingbar für die Sicherheit sei, dass Rechtsstaatlichkeit wieder durchgesetzt werde. Dies gelte auch im Bereich der Zuwanderung, wo es inakzeptabel sei, dass trotz 240.000 Ausreisepflichtiger kaum abgeschoben werde. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Zurückweisung Illegaler an der Grenze und die konsequente Anwendung des Flughafenasylverfahrens seien unverzichtbar, insbesondere auch weil über 70 Prozent der Migranten ohne Papiere einreisen.

Rechtsstaatlichkeit dürfe nicht dort enden, wo „schlechte Bilder“ befürchtet werden.

Ausgesprochen wünschenswert sei, dass die Polizei und die anderen Sicherheitsorgane nicht nur personell und technisch deutlich besser ausgestattet würden sondern zur Erfüllung ihrer Aufgaben vergleichbare Befugnisse erhielten, wie sie sich im westlichen Ausland bewährt hätten.

Die Sächsische Union habe mit der eingeleiteten Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz und

bei der Durchsetzung bestehender Gesetze bereits etliches erreicht. Speziell beim neuen Polizeigesetz dränge sich aber der Eindruck auf, dass - wie auch im Bund - der Koalitionspartner wichtige Verbesserungen im Sicherheitsbereich blockiere.

Ergänzend erläuterte Dr. Rößler die Pläne der CDU, Sachsen zum sichersten aller Bundesländer zu machen.

Im Rahmen der sehr angeregten Diskussion mit dem Publikum betonte Dr. Maaßen, dass in einer Demokratie die sachliche Auseinandersetzung mit allen politischen Kräften gesucht werden Landesverband Sachsen müsse und Ausgrenzung schade.

Aus seiner Sicht lehne er eine Koalition zwischen CDU und AfD heute aber strikt ab. Dies gelte vergleichbar auch für eine Zusammenarbeit mit den Grünen.

Kontakt: werteunion-sachsen@gmx.de

Internet: <https://werteunion.net/>

Verantwortlich: Dr. Ulrich Link, Landesvorsitzender WerteUnion Sachsen

Die WerteUnion ist der am 25.03.2017 gegründete bundesweite Zusammenschluss der konservativen Initiativen innerhalb der Union mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten.

Wir wollen konservative und wirtschaftsliberale Kräfte stärker vernetzen und so erreichen, dass die Union wieder verstärkt konservative Positionen vertritt.

Kontakt:

Email: Info@WerteUnion.info

Homepage: www.werteunion.info

Verantwortlich:

Alexander Mitsch Vorsitzender

Mail: [alexander.mitsch\(at\)werteunion.info](mailto:alexander.mitsch(at)werteunion.info)

[WerteUnion fordert von der CDU/CSU, den inneren Frieden durch eine konsequente Steuerung der Einwanderung wieder herzustellen](#)



Pressemitteilung

Der konservative Flügel der Union weist auf deren Wahlprogramme aus den Jahren 2002 und 2005 hin, in denen noch ausdrücklich vor negativen Folgen der Masseneinwanderung gewarnt wurde, und übt deutliche Kritik an den Versäumnissen der ehemaligen CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel

Mittwoch, 31. Juli 2019 - Die WerteUnion, der konservative Flügel der Union, fordert die beiden Unionsparteien auf, bisherige Wahlversprechen auf eine effektive Migrationsbegrenzung umzusetzen. Einige besonders erschreckende Kriminalfälle der jüngeren Vergangenheit seien laut WerteUnion ein starkes Indiz dafür, dass aus migrationsbedingten kulturellen Bruchlinien längst sicherheitspolitische und gesellschaftliche Problemstellungen erwachsen sind - wie es die Wahlprogramme der CDU/CSU aus den Jahren 2002 und 2005 noch vorausgesagt hatten (siehe Anhang).

Die WerteUnion kritisiert insbesondere die ehemalige CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel dafür, spätestens seit der Bundestagswahl 2009 die Probleme ignoriert zu haben, die aus fehlgesteuerter Migration resultieren. Dieser schwere politische und strategische Fehler ist nach Ansicht der WerteUnion verantwortlich für die Wahlerfolge der AfD. Um diese überflüssig zu machen und den inneren Frieden in Deutschland wieder herzustellen, wird die WerteUnion daher die Formulierungen der Wahlprogramme aus den Jahren 2002 und 2005 als Antrag in die aktuell laufende Neufassung des CDU-Grundsatzprogramms einbringen und dafür in der Partei mit einer Kampagne werben.

CDU-Wahlprogramm aus dem Jahr 2002: „Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.“

Nach Ansicht der WerteUnion sprechen alle Indikatoren dafür, dass die in den früheren Wahlprogrammen genannten negativen Folgen der Massenimmigration längst eingetreten sind. Hier seien erschreckende Kriminalfälle wie Vergewaltigungen, Messerattacken und Terroranschläge zu nennen, ebenso der Aufwind für extremistische Bestrebungen von linker, rechter und islamischer Seite.

Alexander Mitsch, Bundesvorsitzender der WerteUnion: „Noch 2002 und 2005 haben die Unionsparteien vor negativen Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung gewarnt. Insbesondere ging es um die aus heutiger Sicht völlig berechtigte Sorge, der innere Frieden werde gefährdet. Heute erfahren wir fast täglich von schrecklichen Verbrechen, ebenso einem stetigen Zulauf für Extremisten aller Richtungen. Angela Merkel hat spätestens ab 2009 die Warnungen ihrer eigenen Partei ignoriert und damit schweren Schaden angerichtet. Um die Lage nicht noch weiter zu verschlimmern, muss die Union die Positionen zur Einwanderung aus ihrem Wahlprogramm von 2002 aufgreifen und dieses konsequent umsetzen.“

ANHANG

1. Forderungen aus dem Wahlprogramm der Union 2002 („Zuwanderung steuern und begrenzen“):
 - a. Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer hat seit 1972 von 3,5 Millionen auf 7,3 Millionen zugenommen, die der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer ist dagegen von 2,3 Millionen auf 2,0 Millionen zurückgegangen. Die Ausländerarbeitslosigkeit hat sich in dieser Zeit massiv erhöht und liegt heute mit rund 20% doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Die Zuwanderung erfolgte also

überwiegend nicht in Arbeitsplätze, sondern in die sozialen Sicherungssysteme.

- b. Deutschland kann aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Situation aber kein klassisches Einwanderungsland wie etwa Australien oder Kanada werden.
- c. Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern.
- d. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.

Quelle: Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006 von CDU und CSU

2. Forderungen aus dem Wahlprogramm der Union 2005 („Zuwanderung begrenzen, Integration stärken“):

- a. Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten, viele Migrantenkinder ohne schulischen Abschluss, Ghettobildung und eine Entwicklung von Parallelgesellschaften und eine häufig selbst gewählte Abgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft sind Alarmsignale für den sozialen Frieden im Land.
- b. Das Zuwanderungsgesetz alleine kann die strukturellen Integrationsdefizite nicht beheben.
- c. Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.
- d. Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen.

Quelle: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

Pressekontakt:

Ralf Höcker

Pressesprecher WerteUnion e.V. - Bundesverband

presse@werteunion.info

+49 221 933 191 0

Die WerteUnion ist der am 25.03.2017 gegründete bundesweite Zusammenschluss der konservativen Initiativen innerhalb der Union mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten.

Wir wollen konservative und wirtschaftsliberale Kräfte stärker vernetzen und so erreichen, dass die Union wieder verstärkt konservative Positionen vertritt.

Kontakt:

Email: Info@WerteUnion.info

Homepage: www.werteunion.info

Verantwortlich:

Alexander Mitsch Vorsitzender

Mail: [alexander.mitsch\(at\)werteunion.info](mailto:alexander.mitsch(at)werteunion.info)

WerteUnion siegt gegen Fake News der ARD-Sendung Kontraste vor Gericht



Pressemitteilung

Berlin, den 24. Juli 2019 - Die WerteUnion, der konservative Flügel der Union, setzte vor dem Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung durch, um die Weiterverbreitung eines sinnentstellten Zitats des Pressesprechers Ralf Höcker zu unterbinden.

Durch suggestive Bildmontagen und ein zusammengekürztes Zitat sollte der WerteUnion eine Nähe zur AfD unterstellt werden

Im Zuge der am 06. Juni 2019 ausgestrahlten Sendung wurde versucht, das Bild einer personellen und inhaltlichen Nähe zwischen WerteUnion und AfD zu zeichnen, welches der Realität jedoch nicht standhält.

Um diese Behauptung zu untermauern, zitierte die Sendung den Pressesprecher der WerteUnion Ralf Höcker in der Sendung wie folgt:

„Meine Vorlesung gegen Fake News und für journalistische Ethik würde ich auch vor der Antifa halten. Wieso nicht vor rechten Bloggern... [sic] Was soll daran falsch sein?“

Das tatsächlich eingereichte Zitat lautete jedoch wie folgt:

„Meine Vorlesung gegen Fake News und für journalistische Ethik würde ich auch vor der Antifa halten. Wieso nicht vor rechten Bloggern oder Journalisten? Ich habe darin AfD-Stargast Steve Bannon wegen seiner Schmutzkampagnen kritisiert und an die Zuhörer appelliert, ‚journalistische Gutmenschen‘ zu sein. Was soll daran falsch sein?“

Hintergrund des Zitats ist ein Vortrag, den Ralf Höcker in seiner Rolle als Medienanwalt und ohne Bezug zur WerteUnion vor Medienmachern im Bundestag gehalten hatte. Die Teilnehmer waren auf Einladung der AfD-Fraktion gekommen.

Durch die Kürzung des Zitats unterschlug die Kontraste-Redaktion zum einen die Tatsache, dass neben Bloggern auch etablierte Journalisten anwesend waren. Desweiteren wurde den Zuschauern vorenthalten, dass Ralf Höcker sich in seinem Vortrag kritisch gegenüber schlechtem Journalismus geäußert und für ethische Berichterstattung appelliert hatte.

Ralf Höcker, Pressesprecher der WerteUnion: „Wie jedes Kind in einem ordentlichen Elternhaus lernt, haben Lügen kurze Beine. Diese Maxime gilt umso mehr für professionelle Journalisten. Leider gab uns der Kontakt zur Kontraste-Redaktion von Anfang an Anlass zu der Vermutung, dass sie die politische Tendenz des Berichts bereits im Vorfeld ihrer Recherche festlegt. Sollten die Rechercheergebnisse dem widersprechen, werden sie offenbar angepasst. So geschehen mit meinem Zitat. In meinem Vortrag hatte ich ein Publikum aus eher rechtslastigen Publizisten aufgefordert, sich an die Grundsätze journalistischer Ethik zu halten. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Ironie, dass der nächstbeste Verstoß dagegen nicht von ihnen, sondern von einer Redaktion aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kam.“

Pressekontakt:

Ralf Höcker Pressesprecher WerteUnion e.V. - Bundesverband

presse@werteunion.info

+49 221 933 191 0

Die WerteUnion ist der am 25.03.2017 gegründete bundesweite Zusammenschluss der konservativen Initiativen innerhalb der Union mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten.

Wir wollen konservative und wirtschaftsliberale Kräfte stärker vernetzen und so erreichen, dass die Union wieder verstärkt konservative Positionen vertritt.

Kontakt:

Email: Info@WerteUnion.info

Homepage: www.werteunion.info

Verantwortlich:

Alexander Mitsch Vorsitzender

Mail: [alexander.mitsch\(at\)werteunion.info](mailto:alexander.mitsch(at)werteunion.info)